

12.12.2006

Aufdraht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!



Mobilisiert in den Betrieben gegen den Sozialkahlschlag!



Auf geht's, wir machen weiter!



Auf geht's, wir machen weiter!

Sowohl der Vorsitzende von ver.di, Frank Bsirske, als auch die Vorsitzenden der IG Metall, Jürgen Peters und Berthold Huber, riefen dazu auf, den Protest gegen den Sozialabbau nach den erfolgreichen Demonstrationen am 21. Oktober weiterzuführen. Eine Fortsetzung sei „dringend geboten“. „Jetzt müssen weitere Schritte erfolgen.“ Das war auch die von den Gewerkschaftsmitgliedern am häufigsten gestellte Frage: „Wie geht es weiter?“.

Die Schwerpunkte von ver.di sollen bei den Themen Gesundheitsreform, Mindestlohn und Rente mit 67 liegen, bei der IG Metall ist der Hauptschwerpunkt die Rente mit 67.

Die nächsten Schritte müssen dabei auf der betrieblichen Mobilisierung liegen. Denn das allein stört die Unternehmer, die der Hauptnutznießer der Verschlechterungen sind, und tut ihnen weh. Beide Gewerkschaften rufen zu „Wochen der betrieblichen Aktionen“ auf.

Zu einer offenen Aktionskonferenz am 28. November hatte die DGB-Region Mün-

chen, eingeladen. Der Einladung folgten über 120 Aktive aus den DGB-Gewerkschaften - die Hälfte war erwartet worden. Obwohl die IG Metall ihre Funktionäre und Mitglieder nicht über diese Konferenz informiert und eingeladen hatte, waren Metaller aus vielen Betrieben des Großraumes München dabei.

Nach einer kurzen Einführung in das Thema durch den ver.di-Geschäftsführer wurde es konkret: nicht allgemeine Diskussionsbeiträge, sondern Vorschläge für betriebliche Aktionen waren gefragt. Und Vertreterinnen und Vertreter aus zahlreichen Betrieben meldeten sich zu Wort. Für die **Aktionswoche vom 29. Januar bis 2. Februar** machten sie ganz konkrete Vorschläge für Aktionen in den Betrieben. Auch ein niedriger gewerkschaftlicher Organisationsgrad, so betonten viele, ist kein Hinderungsgrund, aktiv zu werden. Wenn keine Arbeitsniederlegung möglich ist, ein Infostand, eine regelmäßige oder außerordentliche Betriebsversammlung, ein gemeinsamer Gang zum Betriebsrat, um Informationen einzuholen, das ist überall

machbar.

Im zweiten Teil wurden öffentlichkeitswirksame Aktionen behandelt. Dabei ging es auch darum, Aktionen in der Woche vom 29. Januar bis 2. Februar von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen unter einen Hut zu bringen. Aber auch für betriebliche Aktionen wie Betriebsversammlungen ist die Zusammenarbeit möglich; so können von Hartz IV Betroffene oder Studenten (Studiengebühren) als Referenten eingeladen werden.

Die Anwesenden einigten sich, dem DGB München vorzuschlagen, den **Donnerstag, 1. Februar zum gemeinsamen betrieblichen Aktionstag mit einer abschließenden Kundgebung oder Großveranstaltung** zu machen. Wenn Betriebe bereits in den Tagen vorher gute Vorlagen mit betrieblichen Aktionen machen, so kann das die anderen nur motivieren, für den Donnerstag noch einen Zahn zuzulegen. Wir machen weiter - für eine ganz andere Politik! rem

Auf der Internetseite der DGB-Region München sind weitere Informationen zu finden.



Sie legten schon die Arbeit nieder - Kollegen von VW, Bosch, Alstom, MAN, Salzgitter AG sowie von Funkwerk, Stoll und SMAG. Wann folgen weitere Belegschaften?

In Salzgitter haben am Mittwoch rund 4.000 Beschäftigte während der Arbeitszeit gegen die geplante Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre demonstriert. Nach Angaben der IG Metall beteiligten sich die Belegschaften von VW, Bosch, Alstom, MAN, der Salzgitter AG sowie von Funkwerk, Stoll und SMAG an

ARBEITSNIEDERLEGUNG IN SALZGITTER:

4.000 Kollegen streikten gegen Rente mit 67

der etwa einstündigen Kundgebung. Auch in anderen Bundesländern planen die Gewerkschaften Proteste gegen die Vorhaben der großen Koalition.

„Setzt sich die Bundesregierung mit der geplanten Verlängerung der Lebensarbeitszeit und dem Auslaufen der Altersteilzeitregelung durch, werden viele von uns in die Altersarmut getrieben und unsere Kinder haben es noch schwerer, einen adäquaten Ausbildungsplatz zu finden“, begründete der örtliche Bevollmächtigte der Metallergewerkschaft, Wolfgang Räschke, die Aktion. IG-Metall-Bezirksleiter Hartmut Meine betonte: „Die Proteste in Salzgitter sind erst der Anfang. Wenn Merkel und Müntefering weiterhin an der Rente mit 67 festhalten, sollten sie sich warm anziehen.“ Gewerkschaftssprecher Uwe Stoffregen kündigte auf jW-Nachfrage an, man werde Anfang kommenden Jahres „eine Reihe weiterer Proteste“ auf die Beine stellen.

Auch in anderen Bezirken und Verwaltungsstellen der IG Metall ist geplant, das Gesetzgebungsverfahren mit betrieblichen Aktionen zu begleiten. In Baden-Württemberg sollen am 14. Dezember, dem Tag der

erste Lesung des Rentengesetzes im Bundestag, landesweit Infoveranstaltungen in den Betrieben stattfinden. Ende Januar werde es dann „öffentlich sichtbare Aktionen“ geben, so ein IG-Metall-Funktionär gegenüber Junge Welt. Der Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen will nach Angaben seines Sprechers Bernd Kruppa bis zum 10. Januar 70.000 Fragebögen verteilen. „Nach den Demonstrationen vom 21. Oktober wollen wir so das Thema stärker in die Betriebe tragen und auch dort aktionsfähig werden“, erläuterte Kruppa im JW-Gespräch.

Ver.di plant ebenfalls Proteste. So wird die Dienstleistungsgewerkschaft alle Beschäftigten des Saarlands am 14. Dezember zu einer fünfminütigen Arbeitsniederlegung aufrufen, „um damit ein Zeichen für einen notwendigen Kurswechsel der Politik zu geben“. Der DGB will mit einer Aktionswoche vom 11. bis zum 15. Dezember in Berlin auf die gewerkschaftliche Kritik am Regierungskurs aufmerksam machen.

Nachdruck aus
Junge Welt vom 7.12.2006



und 500 Millionen im Lauf des Jahres gezahlt zu haben, Insider sprechen gar von 1,2 Milliarden. Das stinkt doch! Wie rechnet sich das? Ganz einfach: „Freisetzungen“ dieser Art kommen den Konzern billiger als Entlassungen mit teuren Abfindungen.

Ähnlich war es bei den früheren Siemens-Sparten LS training und services (nach Auslagerung Insolvenz im Frühjahr 2005, 110 Mitarbeiter) und der FEAG in Erlangen (Insolvenz im

Die Prämie für Kleinfeld und den übrigen Vorstand: eine Gehaltserhöhung um 30 Prozent!

Über die Insolvenz sei er überrascht und „sehr betroffen“. Für einen Nothilfefonds verzichten die Manager auf ein Jahr auf die Erhöhung, heißt es zunächst. Aber die Gier ist zu groß, schon nach 6 Monaten sollen nun die Bezüge erhöht werden. Kleinfeld möchte bei der Bilanzpressekonferenz das Thema wegdrängen, auf dem Weg an die Weltmarktspitze zählen die Zertretenen nicht. Doch Siemens ist weiter verantwortlich. Der Nothilfefonds ersetzt keine Arbeitsplätze.

Siemens gehört enteignet!

rem

„System Siemens“

Der Profit von Siemens stieg um mehr als ein Drittel, gab Siemens am 8. November bekannt.

„Wir waren noch nie so stark aufgestellt wie jetzt“, frohlockte Siemens-Chef Kleinfeld. Das Erfolgsgeheimnis sei: Verlustbringer abstoßen und Erfolgssparten mit Zukäufen stärken.

Das Erfolgsgeheimnis stinkt: es ist auf Jobabbau und Auslagern aufgebaut, bedeutet für die Beschäftigten erst ausgelagert, dann insolvent, dann arbeitslos.

Jetzt kamen die Einzelheiten ans Licht: für sein verlustreiches Handygeschäft verlangte Siemens vor einem Jahr von BenQ keinen Kaufpreis, sondern im Gegenteil, die Taiwanesen erhielten noch eine Mitgift in Millionenhöhe. Dazu die Patente und das Vermarktungsrecht für die Marke. Siemens gibt zu, 413 Millionen sofort

Juni 2006, 600 Beschäftigte).

Die Pleite von BenQ zeigt Anzeichen krimineller Machenschaften, die Staatsanwaltschaft ermittelt bereits. Er sieht ganz nach einem abgekarteten Spiel aus! BenQ hat schon Ende Juni falsche Angaben über die verkauften Handys gemacht und verschwiegen Zahlungsschwierigkeiten. Im August hieß es bereits intern: „Wir haben null Budget mehr.“ Zu der Zeit aber wurden Aufhebungsverträge mit mehreren hundert Beschäftigten abgeschlossen. Die versprochenen Abfindungen können sie sich nach der Insolvenz in den Mond schießen, Arbeitslosengeld bekommen sie auch nicht. Sie sind am schlimmsten von allen dran. Aber die ganze Belegschaft wurde belogen und betrogen. Eine vertragliche Standort-sicherung nämlich hat Siemens mit BenQ nie abgeschlossen.



Gemeinsam sind wir stark: Kollegen von BenQ und Allianz demonstrieren gemeinsam gegen ihre Kündigungen

Kurz & bündig

Ein alter Ladenhüter ist wieder aus dem Regal geholt worden: der **Investivlohn**. Er soll auch den Belegschaften eine Gewinnbeteiligung sichern, heißt es. Allerdings soll er nicht auf den Lohn draufgesetzt werden, sondern einen Teil des Lohns ersetzen! Und außerdem bedeutet das dann, dass die Kollegen auch bei Verlusten geradestehen sollen, d.h. weniger Lohn kriegen. Die Vorschläge von CDU und SPD laufen auf eine weitere Umverteilung von unten nach oben hinaus.

Nach fünf **Renten**-Nullrunden seit 2004 können die gut 20 Millionen Rentner nach Angaben von Herbert Rische, Präsident des Deutschen Rentenversicherung Bund (DRV), im Jahre 2009 auf eine sagenhafte Steigerung der Rente von 0,2 im Westen bzw. knapp 0,3 Prozent im Osten hoffen. Höhere Krankenkassenbeiträge werden aber die eventuellen Steigerungen schon jetzt aufzehren. Bei einer Durchschnittsrente von 1.100 Euro machen die Steigerungen zwischen 2,20 Euro und knapp 3,30 Euro aus.

Wie das Statistische Bundesamt am 27.11. mitteilt, sind die durchschnittlichen Nettoeinkommen pro Haushalt real gesunken. Die **Einkommen** lagen 2005 bei 33.700 Euro und damit 30 Prozent höher als 1991, doch nach Berücksichtigung der Preissteigerungen seien dies real 2 Prozent weniger. Übrigens: bei Arbeitern stiegen die nominellen Einkommen seit 1991 um 25 Prozent (5 Prozent weniger als der Durchschnitt), bei Selbständigen um 38 Prozent (8 Prozent mehr als der Durchschnitt).

Nur jeder Dritte (37 Prozent) erhält demnächst **Weihnachtsgeld**, wie aus einer Umfrage des Forsa-Instituts hervorgeht. Dabei gehen mehr Ost- (75 Prozent) als Westdeutsche (61 Prozent) leer aus.



Der Kollege wird ihn nicht finden - den von den Kapitalisten vorenthaltenen Lohn

DAS ENTGELTRAHMENABKOMMEN (ERA):

Angriff auf unseren Lohn!

Takt bei der Einführung des neuen ERA.

Aus den Tochterbetrieben wie Bosch-Siemens und Osram ist zu hören, dass mehr als die Hälfte der neuen Eingruppierungen so genannte „Überschreiter“ sind (siehe Kasten). Auch Nachfolgebetriebe wie Océ in Poing bei München oder Liteco, die noch die Siemens Arbeitsbewertung (SAB) im Arbeiterbereich haben, sind im Fahrwasser von Siemens, der offensichtlich die Vorgaben macht.

Niemand bekommt weniger

Das verkündeten die Tarifvertragsparteien. Über 3 Jahre wurden uns aber schon Prozente aus den Tarifrunden vorenthalten, die in betriebliche Ausgleichskonten flossen, um den Unternehmern Kostenneutralität bei der Einführung vom ERA zu sichern. Wir haben also schon vorgelegt.

Das ERA kommt fortschrittlich daher, denn es hebt endlich die Trennung zwischen Arbeitern und Angestellten auf. Die Arbeitsprozesse im industriellen Wandel habe das längst vorweggenommen. Aber es ist erstmal gut, dass diese Gruppen im

Betrieb nicht mehr getrennt sind, denn das gibt die Möglichkeit des gemeinsamen Kämpfens.

Die manuelle Arbeit ist auf dem Rückzug, was zu begrüßen ist. Die bisherigen Arbeitsbewertungssysteme drückten den Lohn vor allem bei minder qualifizierten Tätigkeiten („Leichtlohngruppen“). Nun wird der Hebel angesetzt, wo wenig Widerstand zu erwarten ist und wo die Zahl der Beschäftigten relativ zunimmt - bei den Ingenieuren und Technikern.

Auch im öffentlichen Dienst

Das ERA wird schon seit mehreren Jahren verhandelt. Es ist ein Tarifvertrag, der

„Überschreiter“

In Bayern treten an die Stelle der bisher 17 (18 bei SAB) Lohn- und Gehaltsgruppen nunmehr 12 Entgeltgruppen. Ergibt die Neueingruppierung weniger Entgelt, so wird über mehrere Jahre eine Ausgleichszahlung erstattet, die aber durch Reduzierung der Tariferhöhungen abgeschmolzen wird.

nicht durch Kampf zustande gekommen ist, sondern am grünen Tisch. Dieses „Jahrhundertwerk“ wird nun eingeführt in einer Situation, da die Gewerkschaften mit dem Rücken an der Wand stehen! Der

Flächentarif ist in Auflösung, in hunderterten Ergänzungstarifverträgen wurde vereinbart, dass die Kollegen unbezahlte Arbeit zu leisten haben – in so einer Situation durfte das ERA keine Unterschrift der

Die Unternehmer der M+E-Industrie haben sich zu einer Lohnsenkungsoffensive zusammengetan. Allen voran Siemens, berühmt und berüchtigt, schlägt den

Das ist der Stand in anderen Betrieben

MAN Turbo AG Oberhausen: Die Auslastung ist bis 2009 gesichert. Es finden keine Abgruppierungen statt. Das Management will wohl nicht provozieren. Und die Kollegen waren aktiv.

DaimlerChrysler Untertürkheim: Dort gilt der ERA für Baden Württemberg. Alle Montagearbeiter sollen in die Entgeltgruppe 5 (Angelernte) kommen, was eine Abgruppierung bedeutet. (FR 30.10.06)

Hier passiert eine gewollte Entwertung von erworbener Qualifikation. Mercedesfahrer Achtung!, sollten die Kollegen ihre Qualitäten nun für sich behalten.

MTU München: Es gibt fast 2.000 Widersprüche des Betriebsrates. In Ludwigsfelde (Brandenburg) ist die Belegschaft sauer, bei mehr als der Hälfte (275) hat der Betriebsrat widersprochen. (FR 30.10.06)

Heizungsbauer Viessmann: Zwei Drittel der 3.600 Beschäftigten wurden tiefer eingestuft.

Hycos Pacoma: 90 Prozent der 452 Beschäftigten sollen niedriger eingruppiert werden. Die Kollegen fordern nun Mitwirkung bei der Erstellung der Arbeitsbeschreibungen. (FR 16.11.06)

Siemens: Der bayerische IG Metall-Bezirksleiter Neugebauer nennt als Beispiel 100 Siemens-Sekretärinnen, die niedriger eingestuft werden sollen. Angestellte sollen bis zu 500 Euro niedriger eingruppiert werden. Er rechnet für Siemens mit 30.000 - 40.000 Widersprüchen. (FR 30.10.06)

Von Siemens-COM in München-Martinstraße ist zu hören, dass der Betriebsrat 800 Widersprüche verfasst hat.

Aveva Sachsenwerk Regensburg: Ein Kollege berichtet: „Bei uns ist der momentane Stand so, dass das Kapital über 6 Prozent der Lohnkosten durch die Einführung von ERA spart. 70 Prozent der Beschäftigten sind Verlierer (ERA-Überschreiter). Von 220 Kollegen, die die Facharbeiterlohngruppe 7 haben, werden sich in Zukunft noch 22 in der vergleichbaren ERA-Entgeltgruppe 5 wiederfinden, alle anderen werden abgestuft. Besonders betroffen sind Arbeiter im Akkord (sehr hoher Organisationsgrad) und Angestellte.“

IG Metall bekommen!

Bei ver.di im öffentlichen Dienst ist Ähnliches in Vorbereitung!

Unruhe ist Pflicht!

Jede Belegschaft ist auf sich gestellt. Zuerst sind also die Betriebsräte gefordert. Sie haben ein Mitbestimmungsrecht und müssen den Eingruppierungen zustimmen. Da ist es hilfreich, wenn die Kollegen sich beim Betriebsrat über den Stand informieren, besser kollektiv, wie es die Kollegen von MAN Turbo in Oberhausen gemacht haben. Sie haben so ihre Sache in die eigenen Hände genommen! Oder die Siemens-Sekretärinnen, die auf einer Betriebsversammlung massiv gegen das Management protestiert haben.

Was tun bei Abgruppierung?

Schon jetzt muss der Betriebsrat unterstützt werden bei der Beurteilung der Eingruppierungen, die ihm vom Unternehmer vorgelegt werden. Wir können gemeinsam zum Betriebsrat gehen, um mit ihm die abgeforderten Tätigkeiten zu diskutieren, was für ihn sehr hilfreich ist. Er muss sein Mitbestimmungsrecht nutzen, um zu widersprechen.

Nach erfolgter Eingruppierung kann individuell widersprochen werden. Die Gewerkschaft ist in die Pflicht zunehmen,

Arbeitsbewertungssysteme

Sie legen im Kapitalismus die Bedingungen fest, unter denen wir unsere Arbeitskraft verkaufen müssen. Allen gemeinsam ist, dass sie angeblich wissenschaftlich aufgebaut sind und komplizierte Berechnungen und Betrachtungen erfordern, bis es zur Eingruppierung kommt.

Das Entgelt erscheint als Gegenwert der geleisteten Arbeit, es erweckt den Schein von Gerechtigkeit, von „gerechtem Lohn“. Aber wir erarbeiten sehr viel mehr, als wir zum Leben brauchen und als wir als Lohn erhalten! Über diesen Teil (den Marx Mehrwert nennt, besser bekannt als Profit) verfügt alleine der Unternehmer.

Für die Höhe des Lohnes sind alleine die Kräfteverhältnisse zwischen Arbeit und Kapital ausschlaggebend. Von ihnen beeinflusst sind auch Tarifverträge wie das Entgeltrahmenabkommen (ERA).

um uns bei Klagen vor dem Arbeitsgericht zu unterstützen. Sie ist auch notwendig als Sammelpunkt des Widerstands!

Mehrwertsteuer und ERA - die kommende Metalltarifrunde muss genutzt werden, um den Lohnraub durch Regierung und Kapital aufzuhalten! *krr*

Stoppt Nazis

20 Nazis, darunter der NPD-Kreisvorsitzende Karl-Heinrich Goebel, haben in Hamburg trotz Anwesenheit von Polizeibeamten eine **Veranstaltung der DGB Jugend** verhindert. Die Gewerkschafter hatten ausdrücklich mit dem Hinweis eingeladen, dass Rechtsextreme keinen Zutritt zu der Veranstaltung haben. Von der Polizei wurde ihnen im Vorfeld zugesichert, dass damit der Ausschluss der Nazis rechtlich klargestellt sei. Als die Nazis dann jedoch versuchten, mit Gewalt in den Saal einzudringen, sah die Polizei plötzlich keine rechtliche Handhabe mehr, die Veranstaltung zu schützen. Sie forderte stattdessen die DGB Jugend auf, die Schlägertruppe in den Saal zu lassen oder jedem einzelnen Schläger persönlich ein Hausverbot zu erläutern. Daraufhin musste die Veranstaltung abgebrochen werden.

Rechte prügeln immer häufiger,

wie das Bundesinnenministerium auf eine Anfrage der Linkspartei mitteilte., 50 Fälle im Juli, 67 im August und 70 im September mit 50 Menschen Verletzten. Petra Pau von der Linkspartei erklärte dazu: „Die Dunkelziffer liegt weit höher – und damit auch die Zahl der Opfer.“

16 zum Teil polizeibekanntes Nazis haben am 9. November, dem Jahrestag der Pogromnacht, in **Frankfurt/Oder** am Gedenkstein für die ehemalige Synagoge Blumengebinde, Kränze und Kerzen auf die Straße geworfen. Die herbeigerufene Polizei wurde mit „Sieg Heil“-Rufen empfangen.

Matthias Müller, hessischer Nazifunktionär, war ein Jahr lang stellvertretender Vorsitzender des RCDS (der Studentenorganisation der CDU). Nachdem dies bekannt wurde, forderte **Roland Koch**, der CDU-Ministerpräsident, eine „sofortige und vollständige Aufklärung der absolut unglaublichen und schwerwiegenden Vorgänge.“ War da nicht schon einmal was, was der Koch „brutalst“ aufklären wollte? Wir erinnern uns: Schwarzgeld-Konten der hessischen CDU, aus „jüdischen Vermächtnissen“ stammend.

Der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Paul legte sein gut dotiertes Amt nieder. Grund: die Dresdner Staatsanwaltschaft ermittelt gegen ihn wegen des Verdachts der **Kinderpornographie**. Parlaments- und Bürgerbüro wurden durchsucht, um kinderpornographische Schriften zu finden.



Wie wir in der letzten Ausgabe berichteten, trug der DGB-Vorsitzende Sommer auf der Kundgebung am 21. Oktober aus Solidarität mit dem verurteilten Versandhändler Jürgen Kamm dessen von ihm vertriebenen Anti-nazi-Button.

Wie nicht anders zu erwarten, leitete nun die Stuttgarter Staatsanwaltschaft ebenfalls ein Verfahren gegen Sommer ein.

Die Spitze des DGB Baden-Württemberg ist beim Versuch, sich selbst wegen des Tragens von Anti-Nazi-Symbolen anzuzeigen, an den Büroöffnungszeiten der Staatsanwaltschaft gescheitert.

AufDraht

Herausgeber:
DKP München und
Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung
München

Verantw. i. Sinne des Pressegesetzes:
Hans Koller, Lothringer Str. 6,
81667 München, Telefon 44 8 2 2 7 1
Druck: Eigendruck im Selbstverlag
e-Mail: Auf.Draht@gmx.de

Die DKP im Internet:
www: dkp-muenchen.de

AufDraht-Quiz

Was bezeichnet das Koalitionskonzept zur Gesundheitsreform mit dem Begriff „Kopfpauschale“?

- A) Der Arzt bekommt für jeden Gesunden eine Prämie
- B) Kassenbeitrag je nach Verbrauch (pro Kopf) berechnet
- C) Millionär und Putzfrau zahlen denselben Kassenbeitrag
- D) Sehhilfen, Hörhilfen, Zahnersatz (Kopf) werden pauschaliert

Auflösung auf Seite 7



Der Klassenkampf ist international: Dies zeigen die weltweit stattfindenden Kämpfe bei VW um Arbeitsplätze und bessere Arbeitsbedingungen ... ob in Brasilien (siehe die beiden Fotos oben) oder in Belgien.



BRASILIANISCHER GEWERKSCHAFTER:

„VW führt Krieg gegen seine Arbeiter“



Das Spiel ist nicht neu, das Spiel ist bekannt. Gewinner und Verlierer stehen von Anfang an fest. Aber das Spiel hat trotzdem wieder einmal funktioniert. Der Einsatz heißt Lohnsenkung und verlängerte Arbeitszeit, der Gewinn ist eine Fata Morgana namens Arbeitsplatzsicherheit.

Lohnkürzungen und nicht umgesetzte Lohnerhöhungen haben VW seit 1994 über 15 Milliarden eingebracht, aber die Sicherheit der Arbeitsplätze ist geringer als je zuvor. VW macht Milliarden Profite, spricht aber von dringender Sanierung. Deshalb müssen die Kollegen nun 4 Stunden länger arbeiten, zum Teil ohne Bezahlung! Damit ist weiterer Personalabbau programmiert.

Doch laut IG-Metall gibt es als Gegenleistung des Unternehmens „verbindliche Produktzusagen“. Diesmal sei „eine langfristige Perspektive für die Beschäftigung – ohne Wenn und Aber und ohne Hintertür“ erreicht worden (IGM-Verhandlungsführer Meine). Wie das? Entsprechen doch die Produktzusagen in etwa denen von 2004. Seit dem Abschluss des Tarifvertrags von 2004 ist die Zahl der Beschäftigten innerhalb der VW AG um 5800 durch Auf-

hebungsverträge und Altersteilzeit gesunken. Wieso also sollen die Zusagen diesmal länger als zwei Jahre halten? Und das noch bei einer Arbeitszeitverlängerung von 4 Stunden! Insgesamt wird das Verhandlungspaket die Belegschaft mehr als eine Milliarde Euro kosten – über eine Milliarde, die von den Kollegen in die Taschen von VW wandern. Durch die unbezahlten Arbeitsstunden werden jedem einzelnen Kollegen durchschnittlich 10 000 Euro pro Jahr an Lohn vorenthalten (einschließlich der Sozialbeiträge, die dann den Sozialkassen fehlen).

Warum machen die Kollegen das mit? Die Antwort ist einfach: Angst um den Arbeitsplatz. Das Erpressungsszenario ist immer das gleiche: die inländischen Werke würden zu wenig Gewinne machen, ohne Zugeständnisse der Belegschaft würden Golf und Komponentenbereiche ins Ausland verlagert. Doch die vielen Beispiele in den letzten Jahren zeigen: Arbeitsplatzsicherheit im Kapitalismus gibt es nicht. Deshalb müssen wir uns wenigstens so teuer wie möglich verkaufen. Dazu aber braucht es den gemeinsamen Kampf. Auch die Angst ist nur durch gemeinsame kollektive Aktion zu überwinden. Streik aber

ist von der IG Metall nur als Drohkulisse genutzt worden. Und die Kämpfe der VW-Arbeiter in Brasilien, Portugal und Spanien wurden auch nicht unterstützt. Wenn die Gewerkschaft so agiert, dann verkommen Verhandlungen mit dem Kapital zur kollektiven Bettelei.

Mit der Strategie der angeblichen betrieblichen und nationalen Standortsiche-

AufDraht-Quiz

Auflösung:

☐ ist richtig.

UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP



Woche für Woche
antikapitalistisch!

Jetzt 10 Wochen testen!

Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.

An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo.
(bzw. mit einer Spende in Höhe von Euro.)

Name

Vorname

Telefon

Alter

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 1 • 45127 Essen
Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

rung entwapfnet die IG Metall sich selbst. Ein Standort wird erfolgreich gegen den andern ausgespielt. Die Solidarität, die einzige Waffe der Arbeiter, mit der sie die Konkurrenz untereinander ein Stück weit begrenzen können, geht dabei in die Brüche. Innerhalb der Betriebe, in denen vor allem die Azubis und die Neueingestellten die Suppe auslöffeln müssen (Tarifvertrag 2004), im nationalen Rahmen, indem keine gemeinsame Abwehrfront gegen den Angriff der Unternehmer zustande kommt, und international, indem die deutsche Arbeiterklasse sich faktisch zum Streikbrecher machen lässt. Bei VW werden nun die Werke in Belgien, Portugal und Spanien oder die Belegschaften anderer Konzerne bluten müssen. Die Arbeiter in Brüssel, wo 4.000 Kollegen mit der Kündigung rechnen müssen, sind empört. Sie antworten mit Streik. Und die generelle Auswirkung dieser Politik der Arbeitszeitverlängerung war z.B. in Frankreich, dass die 35-Stunden-Woche durchlöchert wurde und unter scharfem Beschuss steht.

Das Umgekehrte wäre nötig: eine branchenweite Zusammenarbeit für den Erhalt der 35-Stunden-Woche und dem Ziel einer weiteren Arbeitszeitverkürzung sowie der Sicherung der Löhne, und das möglichst europaweit – internationale Solidarität, auch mit den VW-Kollegen außerhalb Europas.. Die Automobilkollegen haben gezeigt, wie kampfstark sie sein können, z.B. als es um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ging. Damals wurden sie von der Gewerkschaft und den Betriebsratsfürsten mobilisiert. Das ist immer seltener der Fall. Der Kampf ist schwieriger geworden, das ist richtig, aber das ist nur

ein Teil der Wahrheit. Kein Streik bietet die Sicherheit des Erfolgs. Aber so viel lässt sich sagen: ein Streik in den niedersächsischen VW-Werken hätte den ganzen Konzern lahm gelegt, von Südafrika bis Mexiko. Selbst bei Porsche und der Zuliefererindustrie wären die Auswirkungen zu spüren gewesen. Für die Belegschaften der anderen Automobilkonzerne wäre es ein deutliches Signal gewesen.

Die VW-Kollegen müssen sich überlegen, ob sie in Zukunft ihre Vertreter weiter so agieren lassen, dass sie Zugeständnisse machen, die sie Tausende von Euros kosten, ohne dass sie etwas dafür erhalten. Die sie darüber hinaus noch viel mehr kosten – die für uns alle so wichtige Solidarität, die einzige Waffe, vor der sich die Herrschaften fürchten müssen.

Der Kampf der belgischen Belegschaft zeigt erste Wirkung. Auch Solidaritätsdelegationen aus den deutschen Standorten waren am 2.12. bei der Großdemonstration in Brüssel mit dabei. Der Konzern stellt in Aussicht, den neuen Audi A1 in Brüssel bauen zu lassen, was die IG Metall als ungenügend kritisiert, weil nur 1500 von den 4000 bedrohten Arbeitsplätzen damit gerettet würden. Doch mit Delegationen alleine wird die Kritik der IG-Metall zum Lippenbekenntnis. Wirklich unter Druck gerät VW erst, wenn er auch mit Arbeitskämpfen hier rechnen muss.

Vielleicht ist jetzt wenigstens ein Anfang gemacht, dass die Gewerkschaften und die verschiedenen Werke des VW-Konzerns sich besser koordinieren und eine europaweite Tarifpolitik ins Auge nehmen, wie es die belgischen Arbeiter für notwendig halten. *rem*



Mehr als 70.000 Demonstranten gingen in **Portugal** gegen die Regierungspolitik auf die Straße. Aufgerufen hatte die CGTP-Intersindical, der Dachverband der Gewerkschaften. Sie forderten eine Wende in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie eine Erhöhung der Mindestlöhne.

Die Tricks von Gauklern beruhen auf einer Täuschung ihrer Zuschauer. Ihr Zauberkunststück besteht darin, dass sie die Aufmerksamkeit des Publikums mit Reden und Gesten auf Nebensächlichkeiten lenken, damit es nicht bemerkt, wie ihm etwas vorgegaukelt wird. Mit solchen Gaukeleien macht ein Jürgen Rüttgers Politik: Auf der Bühne der Bundespolitik gibt er den sozial Gerechten, die von ihm geführte Landesregierung betreibt eine Politik, wie sie unsozialer kaum sein kann.

Für seine Tricks war Rüttgers schon als



Die Führungsriege der Union: Stoiber, Wulff, Rüttgers, Müller, Koch und Merkel

Von Gauklern und Taschenspielern

Zukunftsminister im Kabinett Kohl bekannt: Er predigte öffentlich über Bildung und Innovation und ließ eine historisch einmalige Senkung des Bildungshaushalts zu. Rüttgers fand immer zünftige Themen, mit denen er den Stammtisch beeindruckten konnte, selbst für eine Parole „Kinder statt Inder“ war er sich nicht zu schade. Lässt man sich von den Gaukeleien nicht ablenken, erkennt man eine ziemlich bittere Realität (siehe Kasten „Rüttgers Landespolitik“). Man könnte viele Beispiele der von Rüttgers zu verantwortenden

Landespolitik anführen, aber kein einziges davon würde als Beleg für eine sozial gerechte Politik taugen.

Weil er auf dem CDU-Parteitag nun einen Antrag gestellt hat, die Höchstbezugsdauer von früher einmal 32 Monate und derzeit noch 18 Monate bei 40 (!) Beitragsjahren auf gerade mal 24 Monate anzuheben, gilt er nun als „soziales Gewissen“ der Union. Er weiß natürlich genau, dass seine Parteivorsitzende als Kanzlerin gar keine Chance hat, den Vorschlag in der Koalition durchzusetzen. Er setzt den Blinker links und lenkt nach rechts.

Die Taschenspieler greifen ein

Die Frage der Finanzierung seines Vorschlages umgeht er. Das erledigen seine Freunde aus der CSU. („Mit dem Kollegen Rüttgers verbindet mich seit Jahrzehnten eine politische Freundschaft“, so Stoi-

ber nach spiegel-online vom 20. November 2006.) Die CSU wird den Vorschlag unterstützen, wenn die „Aufkommensneutralität“ gewahrt wird. „Das heißt im Klartext nichts anderes, als dass die verlängerten ALG I-Leistungen für Ältere zu geringeren Leistungen für Jüngere führen würden. Dies würde die Existenzängste jüngerer Arbeitnehmer und ihrer Familien verstärken und den Generationenkonflikt verschärfen“, stellt dazu Ursula Engelen-Kefer (ehemalige stellvertretende DGB-Vorsitzende) in einem Statement fest. Was dem einen in die Tasche gegeben wird, wird dem anderen aus der Tasche geklaut.

Der Gaukler zieht mit seinem Spiel die Zuschauer in seinen Bann, die Taschenspieler verteilen die Gelder des Publikums. Fragt sich nur, wie lange du Publikum sein willst? Oder besser doch Akteur! *rw*



Kein Eintritt. Zur Finanzierung wird gebeten, den Fest-Button für 5,- Euro Solidaritäts-Beitrag zu kaufen ▶

▶ Bestellung: DKP-UZ-Fest

Tel. 0201 - 17 78 89 o ★ Fax 0201-17 78 89 29

E-Mail: Fest-der-Solidaritaet2007-DKP@t-online.de

FEST
DER SOLIDARITÄT
Volksfest der DKP & UZ
22.-24. Juni 2007
Dortmund
Revierpark Wischlingen



Rüttgers Landespolitik

- Als erstes übertrug Rüttgers seine Einsparpolitik im Lande direkt an eine Expertengruppe aus IHK, Unternehmer bzw. an Unternehmensberater à la Bertelsmann und McKinsey. Trotz höherer Steuereinnahmen im Landshaushalt werden die Kommunen bei Kindergärten, bei den Krankenhäusern, bei der Weiterbildung, beim sozialen Wohnungsbau um fast eine halbe Milliarde belastet.
- In Nordrhein-Westfalen wurde als einem der ersten Bundesländer Studiengebühren eingeführt. Landeseigene Forschungsinstitute wurden aufgelöst, darunter so renommierte wie das Institut Arbeit und Technik oder das Wuppertal-Institut für Klimaforschung. Der Forschungs- und Technologiehaushalt wurde um über ein Fünftel gesenkt.
- In Nordrhein-Westfalen fällt die Lehrmittelfreiheit für Bedürftige an den Schulen komplett weg. Die Weiterbildungslandschaft wird zerschlagen, in dem der Landesanteil an den Volkshochschulen von 50 auf 15 Prozent gesenkt wird.
- In Nordrhein-Westfalen werden die Landeszuschüsse für Kindergärten um 84 Mio. € gekürzt mit der Folge, dass Kommunen die Gebühren erhöhen. Die Zuschüsse für Beratungsstellen für den Wiedereinstieg von Frauen in den Beruf in Höhe von 4,5 Mio. € werden gestrichen.
- Nordrhein-Westfalen will 100.000 landeseigene Wohnungen an einen privaten Investor verkaufen.
- In Nordrhein-Westfalen wurde das Tarifreuegesetz abgeschafft. Nach diesem Gesetz durften öffentliche Bauaufträge nur an solche Unternehmen vergeben werden, die ihren Arbeitnehmern bei der Ausführung der Leistung mindestens nach dem am Ort der Leistungsausführung einschlägigen Lohn- und Gehaltstarif bezahlten sowie die tarifliche Arbeitszeit anwendeten.